



Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche  
Institut für Geschichte,  
Stiftung Universität Hildesheim**

**Gunther Hauser  
Eine Verteidigungsunion für Europa?  
03.12.2018**

---

**Zum Referenten / Zur Referentin**

Gunther Hauser wurde 1968 geboren und ist Experte für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, sowie für Militärgeschichte. Er studierte an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck im Fach Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Völkerrecht und promovierte an der Paris-Lodron-Universität in Salzburg mit dem Schwerpunkt Österreichischer Parlamentarismus. Es folgte die Tätigkeit für das Europäische Parlament als parlamentarischer Ausschussmitarbeiter für auswärtige Angelegenheiten von 1997-1998. Anschließend arbeitete er von 1998 bis 2000 für das Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik und ist seitdem im Bundesministerium für Landesverteidigung tätig. Seit dem Jahr 2010 leitet Hauser das Referat für Internationale Sicherheit an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Neben diesen Tätigkeiten fungiert Gunther Hauser außerdem als Lehrbeauftragter an der Donau-Universität in Krems, am European Security and Defence College, sowie an der Theresianischen Militärakademie in Wien.

Gunther Hauser veröffentlichte unter anderem 30 Bücher und etwa 300 Fachartikel zu verschiedenen Themen, darunter österreichischer Parlamentarismus, sicherheitspolitische Strategien, Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der USA, die Vereinten Nationen, Völkerrecht oder die NATO. Es folgt eine Auswahl seiner Publikationen mit Titel und Erscheinungsjahr:

- Mitteleuropa – im geopolitischen Interesse Österreichs (2002)
- Österreich – dauernd neutral? (2002)
- Die NATO – Transformation, Aufgaben und Ziele (2008)
- China – the rising power (2009)
- Europas Sicherheit und Verteidigung (2010)
- The European Union – a global actor? (2013)
- Neutralität und Bündnisfreiheit (2015)
- OSZE – Konfliktmanagement im Spannungsfeld regionaler Interessen (2016)
- Die Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der USA 1987-2017 (2017)
- China – eine asiatische Großmacht auf dem Weg zur Weltmacht (2018)

**Vortrag**

Eine Verteidigungsunion für Europa ist bereits seit den 1950er Jahren ein Dauerthema, der Vorschlag Winston Churchills aus dem Jahr 1950 zielte auf die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die dann 1954 aufgrund eines Vetos der Mehrheit der französischen Parlamentsabgeordneten nicht zustande kam. Churchill forderte eine Verteidigungsgemeinschaft für Europa, Großbritannien sollte jedoch kein Teil davon sein, diese jedoch unterstützen („We are with them, but not of them“). Diese EVG sollte engstens mit der 1949 gegründeten NATO verknüpft sein, der Oberkommandierende der EVG sollte nach den damaligen Vorstellungen der stell-

vertretende NATO-Kommandeur Europas sein. 1954 erfolgte stattdessen die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU), einem europäischen Militärbündnis, das sich vorwiegend auf NATO-Mittel stützte. Die Verschränkung mit der NATO war auch hier eindeutig. Ziel in Hinblick auf den Aufbau europäischer Verteidigungskapazitäten innerhalb der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungsallianz war es seit 1950 stets, die europäische Säule bzw. den europäischen Beitrag im Sinne einer gemeinsamen Verteidigung zu stärken, jedoch nicht die NATO zu schwächen und somit eigene – d.h. von der NATO abgekoppelte – Sicherheitsstrukturen für europäische NATO-Verbündete zu bilden. Die NATO wie der europäische Einigungsprozess verstand sich von Anfang an umfassend sicherheitspolitisch, es galt auf wirtschaftlicher Basis und auf der Grundlage eines effizienten Menschenrechtsschutzes ein europäisches Integrationsprojekt zu verwirklichen, dass militärisch durch die NATO abgesichert wird. Kernpunkt in diesem Prozess war und ist die Lastenteilung („burden sharing“) durch die europäischen Verbündeten mit den USA. In diesem Zusammenhang wird durch die Folie / Abbildung „Euro-Atlantische Sicherheitsarchitektur“ die Einbindung der NATO und ihrer europäischen Verbündeten in die Kooperationsstrukturen mit anderen für Europa relevanten Sicherheitsorganisationen wie EU und OSZE verdeutlicht. Überschneidungen der Mitgliedstaaten einzelner Organisationen sind durch Kreise gekennzeichnet. Die EU besteht seit 1993 mit dem Vertrag von Maastricht. Das europäische Integrationsprojekt geht vor allem auf die 1947 eingeleitete Containment Policy und das gleich darauf beschlossene Marshallplan-Projekt der USA zurück, Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftspolitisch aufzubauen. Die USA wollten vor allem versuchen, Deutschland in ein gesamteuropäisches Wirtschafts- und Sicherheitssystem einzugliedern, damit nie wieder von deutschem Boden aus eine Bedrohung gegen die USA möglich wird. Erstmals wurde jedoch durch den Marshallplan nicht Westdeutschland als erster Staat unterstützt, sondern Griechenland und später auch die Türkei. Sowohl in Griechenland gab es noch einen innerstaatlichen Konflikt zwischen der vom Westen unterstützten griechischen Regierung und den von der Sowjetunion unterstützten kommunistischen Verbänden, der im Grammos-Gebirge 1948 zugunsten des Westens ausging. Es galt vorrangig, die von den Kommunisten geplünderte Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln, Medikamenten und Tragtieren aus den USA zu versorgen, der Marshallplan erzeugte hier eine hohe Sympathiewirkung in der griechischen Bevölkerung. Mit Marshallplangeldern für die Türkei sollte Ankara wirtschaftlich abgesichert werden, sowjetischen Expansionsbestrebungen entgegenzutreten, Türkei wurde auch 1949 als Mitglied des Europarates und 1952 der NATO wesentlicher sicherheitspolitischer Akteur des euro-atlantischen Sicherheitssystems.

1949 wurde auch die NATO gegründet, jedoch ursprünglich nicht auf amerikanische Initiative. Die 1948 gegründete Westunion galt als erstes europäisches Verteidigungsbündnis nach dem Zweiten Weltkrieg, es ging 1949 in die NATO über. Ursprünglich sprachen sich die USA gegen ein ständiges gemeinsames Bündnis mit europäischen Staaten auf, da dies nicht dem Sicherheitsverständnis der USA entsprach. Auf Grund der Bedrohung durch Josef Stalin und großen britischen Befürchtungen, Stalins Armee würde in London einmarschieren, stimmten die USA schließlich der Gründung der NATO zu, einem ständigen Bündnis, das jedoch im Verteidigungsfall auf die Beiträge im Ermessen der Mitgliedstaaten angewiesen ist. Dieses Verständnis gilt bis heute, auch im Hinblick auf den Ausbau der 1999 gegründeten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der EU, die 2009 rechtlich als Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in den Vertrag von Lissabon verankert wurde. ESVP und GSVP wurden ins Leben gerufen unter einer Bedingung: die Strukturen der NATO sollen nicht dupliziert werden, sowohl ESVP als auch GSVP sind Rahmen für die Umsetzung des zivilen und militärischen Krisenmanagements der EU. Derzeit finden 16 EU-Einsätze innerhalb der GSVP statt, der Fokus liegt dabei auf Afrika. Militärische Operationen seitens der EU werden in Bosnien-Herzegowina, am Horn von Afrika sowie als Ausbildungsoperationen in Mali und Somalia durchgeführt – alle auf der Grundlage eines UN-Mandats.

Die Westeuropäische Union (WEU), welche durch den Vertrag von Paris 1954 gebildet wurde, wurde erst im Juli 2011 de jure abgeschafft. Zunächst wurde die WEU als jene europäische Verteidigungsallianz gebildet, die auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten aufgebaut wurde. 1996 stellte sich in der NATO die Frage, ob die WEU als Teil einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) weiterbelebt wird, mit dem Ziel, Mittel und Fähigkeiten der europäischen Bündnispartner der NATO zu stärken. Die WEU entwickelte sich jedoch auch zunehmend zum sicherheitspolitischen Arm der 1993 neu entstandenen EU. Mit dem EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags von Amsterdam wurden die Krisenmanagementaufgaben der WEU, die 1992 unter „Petersberg-Aufgaben“ initiiert wurden, in den Rechtsbestand des EU-Vertrages aufgenommen. Die Verteidigung der EU-Mitgliedstaaten wurde dadurch nicht berührt. Ebenso nicht im Artikel 42 (7) des EU-Vertrags in der Fassung des Vertrags von Lissabon, in der sogenannten „Beistandsverpflichtung“, die es als solche jedoch nicht gibt. Erstens berührt diese bekanntlich nicht den „speziellen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedstaaten“, davon abgesehen, dass neutrale EU-Staaten wie Irland, Malta und Österreich – solange diese neutral sind – nicht Mitglied eines Verteidigungsbündnisses werden können. Zweitens bestimmt jedes EU-Mitgliedsland selbst, wann es und vor allem in welchem Fall es verteidigt. Dazu gibt es innerhalb der EU noch keine entsprechenden ausgearbeiteten Szenarien – hier sind jedoch nicht jene der einzelnen Mitgliedstaaten gemeint, sondern seitens der Union als Gesamtunion, in der sich alle Mitgliedstaaten im besten Fall diesbezüglich koordinieren sollten. Die Union ist somit drittens nur eine Verteidigungsunion, wenn dies die Staats- und Regierungschefs beschließen. Derzeit wurde Artikel 42 (7) des EU-Vertrags einzig und allein nach den Terroranschlägen in Paris vom November 2015 ausgerufen, es handelte sich damals – wie die französische Regierung betonte – hier um einen „symbolischen Akt“. Jedes Mitgliedsland bestimmte somit die Art des Beistandes selbst, Österreich tat dies mit der Aufstockung seines Mali-Kontingents um sechs Soldaten und mit der Bereitstellung eines Hercules-Transportflugzeuges für das französische Militär. Artikel 42 (7) EU-Vertrag ist somit ausschließlich als Beistand zwischen den Mitgliedstaaten zu verstehen, der bei Bedarf von Mitgliedstaaten ausgerufen wird. Die Art des Beistandes bestimmt jeder der Mitgliedstaaten nach wie vor selbst. Ein automatischer militärischer Beistand im Fall eines bewaffneten Angriffes kann hier nicht abgeleitet werden. Deshalb fehlt auch bei der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) nach wie vor das „V“ (steht für „Verteidigung“).

Immer wieder gab es unterschiedliche Vorstellungen von einer „europäischen Verteidigungsgemeinschaft.“ Das wesentliche Kernproblem lag und liegt weiterhin in der mangelnden Koordination der europäischen Verbündeten in Hinblick auf eine gemeinsame Verteidigung, die Verteidigung an sich bleibt deshalb weiterhin in der nationalen Souveränität eines jeden Mitgliedstaates. Zudem bleibt in West- und Mitteleuropa die NATO die wesentliche Verteidigungsallianz. Die EU zählt heute 22 NATO-Mitglieder sowie drei neutrale und zwei bündnisfreie Staaten sowie ein geteiltes Land: Zypern. Anschließend geht der Referent näher auf die sogenannten „NATO-Strategien“ ein. Zwischen 1949 und 1954 erfolgte eine Eindämmungspolitik gegenüber den Sowjets als „Containment and Forward Strategy“. Von 1954 bis 1961 folgte eine Vergeltungsstrategie als sogenannte „massive Retaliation“. Zwischen 1961 und 1991 verfolgte die NATO eine Strategie der „flexible Response“, was die Einleitung des Endes der Sowjetunion zur Folge hatte, vor allem aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen aus der DDR nach Westdeutschland und des damals drohenden wirtschaftlichen und somit politischen Kollapses der DDR.

Die NATO vertiefte den Dialog mit der Sowjetunion, jedoch begann in den 1970er Jahren mit dem Amtsantritt von Ronald Reagan als US-Präsident eine Phase des massiven Wettrüstens, dem die Sowjetunion nicht standhalten konnte. Daher war es Gorbatschow, der den Kontakt zum Westen suchte. Die Jahre 1991 bis 1999 waren durch die Strategie „Dialogue and Cooperation“ gekennzeichnet, die damaligen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn formierten Ende der 1980er-Jahre sich zu „Visegrád-Staaten“ mit dem Ziel, die Annäherung in die eu-

ro-atlantischen Sicherheitsstrukturen zu beschleunigen. Polen, Tschechien und Ungarn wurden 1999 NATO-Mitglieder, 2004 wurden sie in die EU aufgenommen – mit mehreren mitteleuropäischen Ländern. Die Erweiterungen von EU und NATO verliefen immer parallel. Die „Cooperative Stability“-Strategie kennzeichnete die Jahre 1999 bis 2014. Seit dem Jahr 2014 kommt es zur Anwendung der „Reassurance and Deterrence“-Strategie, bei der es darum geht, Russland abzuschrecken und das östliche NATO-Gebiet gegen Russland abzusichern. Es wurden die militärischen Fähigkeiten in diesem Raum gestärkt und dabei die dazu notwendigen Infrastrukturen ausgebaut. Dabei gehe es jedoch nicht darum, Russland zu bedrohen. In den 2000er-Jahren gab es sogar gemeinsame Operationen von NATO und Russland, sowie Pläne für ein gemeinsames Raketenabwehrsystem. In Hinblick auf die Ukraine-Krise und deren politische und militärische Annäherung an die NATO habe Russland Angst davor, dass die Krim Teil der NATO werde. Deshalb wurde 2014 die Krim an Russland annektiert – im Widerspruch zu sämtlichen internationalen Vereinbarungen und Verträgen.

Beispiele für NATO-Einsätze können einige genannt werden, wie der Anti-Terror-Einsatz im Mittelmeer, der Einsatz im Kosovo, in Afghanistan zur Ausbildung der afghanischen Armee und jene Operation, die den Sturz des libyschen Machthabers Gaddafi bewirkt hatte. Aufgrund militärischer Engpässe gibt es in der EU überwiegend Trainings- oder Beobachtungsmissionen. Militärische Mittel werden lediglich zur Bekämpfung des Terrorismus (wie der Taliban und des IS) eingesetzt. Zudem sei bei der Terrorbekämpfung eine stärkere Kooperation zwischen den Nachrichtendiensten nötig. Abschließend geht der Referent kurz auf die NATO-Gastlandabkommen von Schweden und Finnland ein, durch welche die NATO bei möglichen Bedrohungen durch Russland einschreiten könne. Dialog und Kommunikation mit Russland sind bei der Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen mit Russland äußerst wichtig, sowohl Russland als auch der Westen haben in der Vergangenheit grobe sicherheitspolitische Fehler gemacht.

## **Auszüge aus der Diskussion**

### **Frage:**

Wie soll eine Europäische Verteidigungsunion aussehen? Wie soll sie gebildet werden? Welche Befehls- und Kommandosprache soll festgelegt werden? Welche Mitgliedstaaten wollen mitmachen? Wie sieht das Verhältnis zu den USA in diesem Zusammenhang aus?

### **Antwort:**

Die NATO beliebt die wesentliche Verteidigungsallianz in West- und Mitteleuropa. Diese gilt es auch seitens der europäischen Verbündeten, zu stärken. Die USA kommen derzeit für 75 Prozent der Verteidigungslasten innerhalb des Bündnisses auf, dieser Anteil der USA muss sich aus Sicht Washingtons verringern. Folglich müssen die europäischen Verbündeten ihren militärischen und den damit finanziellen Anteil im Bündnis stärken, ein echtes „burden sharing“ soll entstehen. Nur dieses kann mittel- bis langfristig das Überleben der NATO – als transatlantische Verteidigungsallianz – sichern. Die GSVP nimmt hier eine untergeordnete Rolle ein. Zum einen fehlt die Verteidigungskomponente in der GSVP, zum anderen muss auch in der EU Frage gestellt werden, was denn wirklich verteidigt werden soll. Aus Sicht der österreichischen Bundesregierung ist Verteidigung derzeit der Kampf gegen die illegale Migration mit der Beteiligung des Bundesheeres an einem EU-Außengrenzschutz. Militärische Beteiligungen am EU-Außengrenzschutz werden jedoch von EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland abgelehnt. Eine eigene „europäische Verteidigungsunion“ – abgekoppelt von der NATO – steht derzeit nicht auf der EU-Agenda. USA, Großbritannien, Dänemark, die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen sowie Polen stehen einem derartigen Vorhaben ablehnend bis äußerst skeptisch gegenüber.

### **Frage:**

Wie sollen die EU-Staaten 2% Erhöhung des Verteidigungsbudgets für die NATO stemmen, in Verbindung mit einer eigenen Verteidigungsgemeinschaft? Wie wird sich Großbritannien nach dem Brexit verhalten?

**Antwort:**

Es liegt allein am politischen Willen der europäischen NATO-Verbündeten, dieses Ziel umzusetzen. Die 2%-Erhöhung des Verteidigungsbudgets der NATO sind selbst bei NATO- und zugleich EU-Mitgliedstaaten bisher noch umstritten, für Deutschland ist ein Wert von 1,5% des BIP vorstellbar, ähnlich denkt auch die derzeitige portugiesische Regierung. Es gilt prinzipiell der Grundsatz, dass sich die EU nicht verteidigungspolitisch von der NATO dupliziere und es dadurch auch zu keinen Parallelstrukturen der EU zur NATO komme. Griechenland zum Beispiel wendet 2,34% des BIP für Verteidigungsausgaben auf, jedoch 70% dieser Militärausgaben werden für Personalkosten aufgewendet. Die NATO empfiehlt dafür 40%. 20% der Militärausgaben sollen auf jeden Fall für Neubeschaffung bzw. Neuinvestitionen verwendet werden. Es gilt, die USA auch hier transatlantisch zu entlasten. Aus Sicht der USA und Großbritanniens sind Vorstellungen einzelner Politiker in Europa betreffend „Verteidigungsunion“ nicht hilfreich, vor allem dann nicht, wenn dadurch angedeutet werden soll, den Stellenwert der NATO in Frage zu stellen. Großbritannien wird nach dem Brexit der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur als Mitglied der NATO erhalten bleiben.

**Frage:**

Gilt Russland als Feindbild? Wie ist das Verhältnis zu anderen Großmächten zu gestalten, z.B. zu China?

**Antwort:**

Russland sollte nicht als Gegner gesehen werden, auch wenn es viele Provokationen von Seiten Russlands gibt (Stichwort Nuklearwaffensimulationen gegen Warschau und Stockholm, erhöhte militärische Aktivitäten an den Grenzen der NATO). Im Fall der Ukraine benötigen die EU und die Ukraine ein umfassendes Einvernehmen mit Russland, damit sich die politische, wirtschaftliche und auch sicherheitspolitische Lage normalisiert. Russland muss weiterhin umfassend in eine gesamteuropäische Stabilisierungspolitik einbezogen werden. Das Minsker Abkommen soll für alle Parteien Gültigkeit haben. Regelmäßige Konsultationen mit Russland sind hier von weiterer großer Relevanz. Im Konfliktfall hilft nur eines: Dialog, Dialog, und nochmals Dialog. Militärische Lösung gibt es im Fall der Ukraine keine. China unterstützt Russland bei seinen politischen Bemühungen und hat wie Russland einen Schuldigen für die Ukraine-Krise definiert: „den Westen“. Nichtsdestotrotz ist China bemüht, seine wirtschaftlichen Beziehungen mit „dem Westen“ – mit den USA und Europa – umfassend zu vertiefen. Das neue geopolitische Wirtschaftsprojekt heißt „Neue Seidenstraße“ mit dem Ziel, den Globus nach den wirtschaftspolitischen Vorstellungen Chinas zu vereinen. Hier sollte sich Europa zwar weiterhin auf Handel einlassen, jedoch gilt es genau zu überprüfen, an welchen (Hoch-)Technologieprodukten die EU-Mitgliedstaaten chinesische Unternehmer partizipieren sollen und an welchen nicht. Es geht hier vor allem um den Schutz der strategischen Schlüsselindustrie in der EU. China wird der neue Dominanzfaktor der Weltpolitik werden – in gar nicht allzu langer Zeit. Die Weichen sind gestellt. Die EU muss hier wirtschaftspolitisch geschlossener auftreten, um gemeinsam mit den USA eine Öffnung des chinesischen Marktes zu bewirken. China hat bis heute kein marktwirtschaftliches System wie in den USA oder in Europa – der Staat übt nach wie vor völlige Kontrolle über die Wirtschaft aus. So gilt es seitens der EU, den Wirtschaftsdialog in Richtung Marktöffnung fortzuführen. Menschenrechtsdialoge sollten mit China weitergeführt werden, ein positives Ergebnis wird jedoch lange auf sich warten lassen.

**Frage:**

Welche Sprache soll die Führungssprache in einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sein? Wie sollen technische Herausforderungen überwunden werden?

**Antwort:**

Die englische Sprache wird die Führungssprache bleiben, da die USA ein wichtiger Partner bleiben werden und weiterhin Verbündete brauchen. Um technische Herausforderungen zu überwinden, können mehr Mittel beantragt werden. Aufgrund der ge-

wachsenen Realitäten wird Englisch nach wie vor die militärische Führungssprache in West- und Mitteleuropa bleiben, werden die Streitkräftestandards für Europa doch von der NATO festgelegt und auch innerhalb der NATO und der NATO-Partnerschaft für den Frieden die Interoperabilitätsverfahren überprüft. Technische Herausforderungen sollen mit einem gemeinsamen umfassenden Finanzierungs- und Forschungsansatz bewältigt werden. Hochtechnologie ist teuer, hier bietet die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) oder Permanent Structured Cooperation (PESCO) gemäß Artikel 42 (6) und Artikel 46 EU-Vertrag (Lissabon) die Möglichkeit, verstärkt zu kooperieren und neue Fähigkeiten zu entwickeln. Dieses Projekt hat Zukunft, derzeit existieren 34 gemeinsame Projekte. Wichtig dabei bleibt, diese Projekte auszubauen und weiterzuentwickeln.

**Frage:**

Wozu wird Militär benötigt? Wer ist der Gegner? Wird eine Armee in Europa überhaupt gebraucht?

**Antwort:**

Armeen werden weiterhin gemäß ihren verfassungsmäßigen Aufträgen für Verteidigung, Kriseneinsätze, Assistenzeinsätze auf Ersuchen der Innenministerien sowie Einsätze im internationalen Krisenmanagement benötigt. Den neuen Aufgaben (wie Cyber-Verteidigung) ist beim Militär ausreichend Fachpersonal bereitzustellen. Vor allem im Cyber-Bereich werden innerhalb der NATO und der EU regelmäßig Übungen abgehalten und aktiv und koordiniert Abwehr von Cyber-Attacken betrieben.

**Frage:**

Wird es mehr Pluralität in der Verteidigungswirtschaft geben?

**Antwort:**

Es soll in Zukunft mehr Pluralität geben. Es gibt bereits Pluralität in der Verteidigungswirtschaft, an der Firma „Airbus Defence“ arbeiten mehrere EU-Staaten mit. Aus europäischer Sicht wird es sicherlich vermehrt auf die Pluralität in der Verteidigungswirtschaft ankommen, um den größtmöglichen Erfolg bei der Ausreifung von Fähigkeiten bzw. neuen Produkten zu erzielen. Die koordinierte Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Beschaffung teurer Produkte und gemeinsame Auswertungen von Beschaffungsvorhaben bilden dabei die oberste Priorität. Kein Staat in der EU hat allein die Möglichkeiten, für die gesamten benötigten Verteidigungsfähigkeiten finanzielle Mittel bereitzustellen.

**Frage:**

Die Türkei nutzt die Nicht-Supranationalität der NATO aus. Ist die NATO nicht bereits eine Wertegemeinschaft?

**Antwort:**

Die NATO ist im Kern eine Wertegemeinschaft, wie auch aus der Präambel des NATO-Gründungsvertrages von Washington hervorgeht. Jedoch finden sich darin unterschiedliche politische Systeme: jenes der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Polens, Ungarns und jenes der Türkei. Die Türkei stellt nach wie vor die zweitgrößte NATO-Armee. Die türkische Regierung strebt die Beschaffung von russischen S-400-Boden-Luft-Abwehrsystemen an, diese Systeme sind jedoch mit jenem der NATO nicht kompatibel. Umgekehrt ist die Türkei voll in das NATO-Raketenabwehrsystem mit eingebunden. Die Türkei wird auf Weiteres ein eigenständiger Akteur in der Region bleiben.

**Frage:**

Ist der Zeitpunkt momentan günstig, um über eine EU-Armee zu diskutieren?

**Antwort:**

Grundsätzlich ist der Zeitpunkt äußerst günstig, um über Synergien betreffend die Sicherheit und Verteidigung der EU zu diskutieren und vor allem koordiniert zu handeln. Mit der PESCO wurde auch bereits sehr spät – aber doch (seit 2017) – ein Vorstoß in Richtung Koordination der Verteidigungspolitiken unternommen. Die Bildung einer „EU-Armee“ – abgekoppelt von der NATO - sehe ich derzeit nicht: US-Präsident Trump ist klar gegen die Bildung einer „europäischen Armee“, aber auch viele europäische Staaten lehnen diese ab. Deutschland, so äußerte sich Bundeskanzlerin Merkel, könne

sich eine „EU-Armee“ langfristig vorstellen, somit könnte die EU-Armee vielleicht einstweilen und dann nur langfristig lediglich von Frankreich, Deutschland und Benelux-Staaten gebildet werden. Es bleibt die Frage nach wie vor offen, ob sich EU-Mitgliedstaaten die Bildung einer „Europäischen Armee“ vorstellen können. Diese Frage gilt es, wenn überhaupt, nur politisch zu lösen. Derzeit sehe ich – wie bereits gesagt – nur äußerst eingeschränkten Willen dazu.